

Medienmitteilung vom 29. August 2012

Stipendien statt Sozialhilfe

Das Erfolgsmodell aus dem Kanton Waadt soll für Bern Vorbild sein

Mit der Harmonisierung von Stipendien und Sozialhilfe sowie einem fokussierten Berufsbildungsprogramm feiert der Kanton Waadt bei der Förderung von Berufsabschlüssen bei jungen Sozialhilfebeziehenden grosse Erfolge. Die Grünen Kanton Bern fordern mit einem Vorstosspaket, dass sich der Kanton Bern diese positiven Erfahrungen zunutze macht.

Im Kanton Bern beziehen 5000 Personen zwischen 18 und 25 Jahren Sozialhilfe. Alarmierend ist insbesondere der Umstand, dass 3500 davon über keine abgeschlossene Ausbildung verfügen. Das ist nicht nur im Kanton Bern so: Auf gesamtschweizerischer Ebene sind von den 18-25-jährigen Sozialhilfebeziehenden rund zwei Drittel ohne Berufsabschluss. Vor diesem Hintergrund hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) die Kantone anfangs 2012 eindringlich zu einem Paradigmenwechsel im Bereich der Sozialhilfe für Jugendliche und junge Erwachsene aufgerufen. Eine Pionierrolle nimmt der Kanton Waadt ein, der mit der Harmonisierung von Stipendienwesen und Sozialhilfe und dem Berufsbildungsprogramm FORJAD bereits ausgesprochen gute Erfahrungen gemacht. Regula Tschanz, Geschäftsführerin der Grünen Kanton Bern, ist jedoch nicht nur vom Inhalt des Waadtländer Modells beeindruckt, sondern ebenso von dessen parteiübergreifender Abstützung. „Junge Menschen haben Anspruch auf einen Berufsabschluss. Das muss auch im Kanton Bern möglich sein.“

Die Grünen fordern deshalb mit einem Vorstosspaket, dass der Kanton Bern tätig wird. Das Vorstosspaket soll gemäss Grossrätin Anna Linder (Grüne) „die Ausbildungssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbessern und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen“. So sollen die Stipendien spätestens im Hinblick auf den Beitritt zum Stipendienkonkordat auf das Niveau der Ansätze der Sozialhilfe gemäss SKOS-Richtlinien angehoben werden. Nur existenzsichernde Stipendien können gewährleisten, dass das (Familien-)Budget beim Absolvieren einer Ausbildung nicht geschmälert wird und keine Fehlanreize zum Ausbildungsabbruch entstehen. Bereits Sozialhilfe beziehende Jugendliche und junge Erwachsene werden hingegen aus der Sozialhilfe weggeführt, womit eine Chronifizierung von Armut bereits in jungen Jahren verhindert wird.

Die Anhebung der Stipendien entspricht einem Legislaturziel des Regierungsrates und ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft: „So bietet der Kanton Bern auch Jugendlichen eine Perspektive, die keine guten Startchancen haben“, führte Anna Linder aus. Zudem könne der Kanton so längerfristig Millionen von Franken bei der Sozialhilfe sparen.

Gleichzeitig fordern die Grünen den Regierungsrat auf, nach dem Vorbild des Waadtländer Berufsbildungsprogramms FORJAD ein zielgerichtetes Ausbildungs- und Integ-

rationsprogramm für sozialhilfebeziehende Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung zu prüfen und – soweit nötig – zu lancieren. Ziel des Programms FORJAD ist es, Jugendliche und junge Erwachsene in der Sozialhilfe in Richtung Ausbildungsabschluss zu führen. Im Rahmen des Programms wird jungen Menschen das Recht auf einen Ausbildungsplatz zugesichert und sie werden vor, während und nach der beruflichen Ausbildung eng begleitet. Zentral für den Erfolg eines solchen Projekts sind eine enge Zusammenarbeit der betroffenen Direktionen und Ämter sowie die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und sozialen und gemeinnützigen Organisationen im Bereich Arbeit und Integration.

Für die Grünen ist klar, dass das Vorhaben „Stipendien statt Sozialhilfe“ trotz der angespannten Finanzlage des Kantons rasch realisiert werden muss. „Eine sowohl sozial- als auch finanzpolitisch und volkswirtschaftlich sinnvolle Verbesserung mit einem hohen Return on Investment darf nicht an einer kurzfristigen Buchhaltermentalität scheitern“, führte Geschäftsführerin Regula Tschanz aus.

Für weitere Auskünfte:

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern: 079 379 16 53

Anna Linder, Grossrätin: 079 668 51 89

Unterlagen:

- Redebeitrag Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern
- Redebeitrag Anna Linder, Grossrätin